

25/8/20

TOP 7. Bericht aus dem Arbeitskreis Verkehr

Vorsitzender Terfehr leitet ein, die hohe Priorität der Verkehrsentwicklung zeige sich nicht nur durch die bereits erfolgten Klausurtagungen zu diesem Thema, zudem spiegle sich dies in dem Lebensraumkonzept wider. Seit Anfang 2019 diskutiere der Arbeitskreis konkret über die Schaffung eines geeigneten Verkehrskonzeptes. Durch die steigenden Gästezahlen und der sich daraus entwickelnden Problematik seien Diskussionen über mögliche Lösungsansätze geführt worden.

Ebenfalls trage laut dem Vorsitzenden Terfehr die Initiative KURVE seit August 2019 zur Diskussion bei. Die Verbesserung der Verkehrssituation habe oberste Priorität. Der Arbeitskreis Verkehr habe häufiger getagt, als es in der Vergangenheit üblich gewesen sei. Wenn ein Verkehrskonzept entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt werde, müsse es die breite Mehrheit einschließen, sowie ein einstimmiger Beschluss im Rat darüber gefasst werden.

Es sei die Einigung auf ein Verkehrskonzept erfolgt. Die Belastungsgrenze des Kurortes sei mindestens erreicht, wenn nicht gar überschritten. Die Belastung durch Krafffahrzeuge sei sehr hoch und dem Ansehen des Kurortes mehr als abträglich.

Die visuelle Kontamination durch die Verkehrsmasse trage nicht zum Wohlbefinden der Gäste bei. Dies zeige sich insbesondere durch die hohe Verkehrsdichte im Innenstadtbereich und ebenfalls an neuralgischen Punkten außerhalb des Ortes. Weiterhin gäbe es zu viele Fahrräder und zu wenige Abstellplätze für diese. Weiter herrschen bei im Grunde gleich gelagerten Verkehrsbereichen an verschiedenen Orten unterschiedliche Regelungen vor, wie beispielsweise in der Bülowallee, welche mit im Verlauf ändernden Regelungen gesäumt sei.

Es sollen eindeutige Regelungen für Fußgängerzonen geschaffen werden. Die Zielvorgabe sei die Herbeiführung eines geordneten Miteinanders.

Wichtig sei zum einen, dass die sogenannte Stundengenehmigung für den Verkehr vom und zum Schiff abgeschafft werde. Es läge ein nicht mehr fassbares Verkehrsaufkommen vor. Den Gästen müsse eine andere Beförderungsmöglichkeit geboten werden. Grundsätzlich müsse die Lösung der Problematik jedoch schon in Norddeich beginnen. Das Eckpunktepapier sei so gut wie abgeschlossen. Nun müsse die Umsetzung, mitunter durch geeignete Zwischenschritte, erfolgen.

Parallel zur sukzessiven Abschaffung der Stundenregelung müsse eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden, die dem Aufkommen gerecht werde.

Die Ausnahmegenehmigungspraxis müsse auf ein notwendiges Maß im Sinne des Dienstes zur Daseinsvorsorge begrenzt werden. Die Herbeiführung von klaren Regelungen stehe an vorderster Stelle.

Dahingehend müsse auch eine deutliche Ausweitung der Kfz.-Sperrung erfolgen. Ein weiterer Ansatzpunkt müsse die Anpassung der Parkgebühren an jene auf dem Festland und die bedarfsgerechte Integration des ÖPNV sein.

Ein fachlicher Beistand würde hierfür ausdrücklich benötigt. Dies gelte auch für das zu integrierende Fahrradleitsystem im und um den Stadtkern herum sowie die zu schaffenden Fahrradabstellplätze am Rande der Innenstadt.

Die Frage der externen Beratung werde laut StAR Vißer mitunter voraussichtlich in Zusammenarbeit mit der Fahrradstadt Münster erfolgen. Möglichkeiten der finanziellen Förderung durch den Bund oder das Land würden geprüft. RM Dröst merkt an, Diskussionen über einen Wandel im Bereich führe der Arbeitskreis nicht erst seit dem Jahre 2019.

Der Bürger ermutige aktuell vielmehr zur Umsetzung der Gedankengänge. Es werde schwer fallen und gar unmöglich sein, einen geraden Weg zu gehen und alle mitzunehmen. Die Entwicklung würden Norderneyern wie auch Gästen wehtun. Der Autoverkehr sei ausdrücklich nicht mehr gewünscht.

Vorsitzender Terfehr wendet ein, Ängste zu schüren, wie vorgenannt, sei keine gute Herangehensweise. Im Arbeitskreis Verkehr habe man sich darauf geeinigt sich der Problematik anzunehmen und entsprechendes auch umzusetzen. BM Ulrichs merkt an, da noch nicht absehbar sei, welche Maßnahmen getroffen werden, sollen nicht bereits jetzt falsche Ängste geschürt werden.

Vorsitzender Terfehr führt an, es gäbe einen dringenden Bedarf an Treffen mit Partnern, die entsprechende Ideen vorantreiben könnten. GF Loth äußert, das Thema Verkehr sei nicht neu und habe sich bereits durch alle im Rahmen der Erstellung des Lebensraumkonzeptes beteiligten Gruppen gezogen. Konkrete Vorschläge der Bürger müssten umgesetzt werden. Die rund 350 an der Befragung beteiligten Gäste seien in ihren Ausführungen deutlich rigorosier gewesen. Es gäbe genügend Inhalte, mit denen man sich auseinandersetzen könnte.